

DER ANDERE BLICK

Die offene Gesellschaft muss viel aushalten – aber keine Terrorverherrlichung

In migrantisch geprägten Quartieren feiern Menschen auf offener Strasse den Angriff der Hamas auf Israel. Liberale Staaten dürfen das nicht hinnehmen, sie sollten allerdings auch nicht in Panik verfallen.

Rewert Hoffer, Berlin

109 Kommentare →

10.10.2023, 18.03 Uhr ⌚ 3 min



Propalästinensische Demonstration in Duisburg am Montagabend.

Jochen Tack / Imago



Rewert Hoffer, Redaktor im Berliner Büro der NZZ.

Sie lesen einen Auszug aus dem werktäglichen Newsletter «Der andere Blick», heute von Rewert Hoffer, Redaktor im Berliner Büro der NZZ. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Wie frei eine Gesellschaft wirklich ist, lässt sich erst im Ausnahmezustand beurteilen. In normalen Zeiten bekennt sich jeder gern zur offenen Gesellschaft, zum Minderheitenschutz und zur Meinungsfreiheit. Sobald allerdings eine Pandemie wütet oder Krieg herrscht,

erstarkt die autoritäre Versuchung. So auch jetzt.

Die grosse Mehrheit der Menschen im Westen ist schockiert vom Jubel arabischstämmiger Menschen, sei es in Berlin-Neukölln oder im Londoner Stadtteil Kensington. Sie ist erschüttert darüber, dass sogenannte propalästinensische Organisationen Süssigkeiten verteilen, um die Mörder der Hamas zu feiern.

Sollten liberale Staaten so etwas hinnehmen? Die Antwort lautet Nein. Die Verherrlichung von Terror, der Aufruf zum Mord an Juden und das Absprechen des Existenzrechtes von Israel dürfen von freiheitlichen Gesellschaften nicht zugelassen werden. Hier verläuft die Grenze der Meinungsfreiheit.

Diese Grenze können und müssen westliche Staaten verteidigen – mit Mitteln, die dem Geist der Aufklärung angemessen sind. Dazu gehört auch, dass sie alle Äusserungen und Taten, die von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, tolerieren müssen. Es gilt, den Feinden der Freiheit und der Menschlichkeit entschlossen und wehrhaft zu begegnen – nicht aber panisch.

Der autoritäre Reflex

Wie eine panische und vom Drang zur schnellen Profilierung ausgelöste Reaktion aussehen kann, konnte man dieser Tage in Deutschland beobachten. Am Montag brachte der Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, den Entzug der Staatsbürgerschaft für all jene ins Spiel, die den Angriff der Hamas in Neukölln gefeiert hatten.

Dem Christlichdemokraten sei ein Blick in das Werk einer der grössten politischen Theoretikerinnen des 20. Jahrhunderts empfohlen. In «Elemente und

Ursprünge totaler Herrschaft» schreibt Hannah Arendt: «Denaturalisierung und Entzug der Staatsbürgerschaft gehörten zu den wirksamsten Waffen in der internationalen Politik totalitärer Regierungen.» Die Jüdin Arendt hat während des Nationalsozialismus am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, wenn einem mit der Staatsbürgerschaft das «Recht, Rechte zu haben», entzogen wird.

Linnemanns Vorschlag ist einer liberalen Gesellschaft unwürdig – auch nach einem Tag, an dem so viele Juden ermordet wurden wie seit dem Holocaust nicht mehr. Es braucht keinen Griff in den Werkzeugkasten autoritärer Regime, um dem menschenverachtenden Hass der Hamas-Anhänger wirksam zu begegnen. Die Instrumente gibt es bereits, sie müssen nur angewendet werden.

Was die liberale Demokratie aushalten muss

Für Volksverhetzung ist in Deutschland eine bis zu fünfjährige Freiheitsstrafe vorgesehen. Auf «Billigung einer Straftat» stehen bis zu drei Jahre Gefängnis. Beides sollte man den Feiernden und Süßigkeitenverteilern nachweisen können. Gerichte müssen die existierenden Paragraphen nur konsequent anwenden.

Judenhass, Verherrlichung von barbarischem Terror und Aufrufe zum Mord können und sollen verboten werden. Alles, was nicht strafrechtlich relevant ist, muss eine liberale Demokratie allerdings aushalten können – auch wenn es schmerzt.

Man kann es ablehnen, wenn Menschen dieser Tage in den Strassen palästinensische Flaggen schwenken oder – gerade jetzt – auf Demonstrationen die «koloniale» Politik Israels in Gaza anprangern. Doch im Gegensatz zu Gaza sind freie Meinungsbekundungen in Ländern wie Deutschland, Grossbritannien oder Israel möglich. Sie müssen es auch in Zukunft sein.

Gerade in einer Ausnahmesituation wie der gegenwärtigen ist es menschlich verständlich, scharfe und immer schärfere Instrumente zu fordern, wie etwa Ausbürgerungen. Diese allerdings würden nur die Symptome bekämpfen, nicht die Ursachen. Die offene Gesellschaft darf den Feinden der Freiheit gegenüber nicht naiv sein. Sie darf ihnen aber auch nicht die Genugtuung verschaffen, dass sie ihre eigenen Ideale vergisst.

109 Kommentare

Florian Teubert vor etwa 12 Stunden

Zitat: "Gerade in einer Ausnahmesituation wie der gegenwärtigen ist es menschlich verständlich, scharfe und immer schärfere Instrumente zu fordern, wie etwa Ausbürgerungen. Diese allerdings würden nur die Symptome bekämpfen, nicht die Ursachen." Ich muss schmunzeln: DIE Ursache ist die massenhafte, unkontrollierte Migration alleinreisender junger Männer, die ihre Pässe verloren haben und sich durch das Asylverfahren klagen, um dann bei negativem Bescheid geduldet zu werden und sicherlich bald noch ihre Großfamilie nachzuholen. Staatswesen, die es nicht schaffen, sich ungebetene Gäste vom Hals zu schaffen, sind dysfunktional. Staateswesen, die solche Menschen sogar noch anlocken, sind dem Untergang geweiht. Alles Gerede hilft nichts: Es wird sich nichts ändern in diesem verlorenen Land und Kontinent.

[63 Empfehlungen](#)

M. T. vor etwa 11 Stunden

Wie sagte doch Karl Lagerfeld bereits 2015 nach Merkels Einladung an die muslimischen Flüchtlinge: „Selbst wenn Jahrzehnte dazwischen liegen, kann man nicht Millionen Juden töten und später dann Millionen ihrer schlimmsten Feinde nach Deutschland holen.“ Inzwischen sind weitere Millionen zugewandert, und links/grün freut sich, dass Europa bunter wird. Dass das nicht gut kommt ist offensichtlich.

[54 Empfehlungen](#)

Alle Kommentare anzeigen

Passend zum Artikel

KOMMENTAR

Genug der warmen Worte: Deutschland muss den Judenhassern im eigenen Land den Kampf ansagen

10.10.2023 ⌚ 4 min



Judenhass auf deutschen Strassen: weitere propalästinensische Kundgebungen geplant

10.10.2023 ⌚ 4 min



Israels Dilemma: Das Land muss sich gegen monströse Verbrecher verteidigen, ohne dabei selber monströs zu werden

09.10.2023 ⌚ 5 min



Mehr von Rewert Hoffer (rew) >

INTERVIEW

«Das kann so nicht weitergehen» – Israels Botschafter in Deutschland über Berlins Unterstützung der palästinensischen Gebiete

10.10.2023 ⌚ 5 min



Landtagswahlen: Faeser will nach Wahlniederlage Bundesinnenministerin bleiben +++ Freie Wähler fordern ein viertes Ministerium in Bayern

09.10.2023 ⌚ 13 min

Mehr zum Thema Israel >



«Die EU-Erweiterung ist eine geopolitische Notwendigkeit» – kurz nach der Krise zwischen Serbien und Kosovo besucht Annalena Baerbock den Balkan

07.10.2023 ⌚ 4 min



Der AfD-Chef Chrupalla erlitt offenbar «Nadelstichverletzung» bei Wahlkampfauftritt

06.10.2023 ⌚ 3 min



Die «special relationship» der Schweizer Diplomatie zur Terrororganisation Hamas

Aktualisiert vor 19 Minuten ⌚ 6 min



Viel Gewalt und inszenierte Verletzungen: In den sozialen Netzwerken verbreiten sich Falschnachrichten zum Krieg zwischen Israel und der Hamas

vor 19 Minuten ⌚ 5 min



KURZMELDUNGEN

Deutschland: Lufthansa führt Evakuierungsflüge aus Israel durch

Aktualisiert vor 43 Minuten



LIVE

empfohlen > Bruder von Hamas-Militärchef Deif offenbar bei israelischem Luftangriff getötet +++ Mehr als 1200 Tote in

Terrorismus **Hamas**
Bald nicht mehr «extrem peinlich» und «postapokalyptisch»? San Francisco hofft auf neuen Reichtum dank dem KI-Boom

vor 4 Stunden ⌚ 4 min



BMW GS: Die Erfolgsgeschichte bayrischer Motorräder mit Boxermotor geht weiter

09.10.2023 ⌚ 6 min



Shani Louk lebt, sagt ihre Mutter. Und verlangt rasche unbürokratische Hilfe aus Deutschland

10.10.2023 ⌚ 3 min



Websites nicht erreichbar: Prorussische Gruppierungen mischen sich in den Konflikt zwischen Israel und der Hamas ein

10.10.2023 ⌚ 3 min



DIE NEUESTEN ENTWICKLUNGEN

Militärputsch in Myanmar: USA verurteilen Militärjunta für Artillerieangriff auf Flüchtlingslager mit mindestens 29 Toten

Aktualisiert vor 3 Stunden



Nach dem Terrorangriff der Hamas erklärt er Israel zum Terrorstaat: Der umstrittene Imam Suleiman Hani soll in Zürich auftreten – bis es plötzlich anders kommt

vor 4 Stunden ⌚ 6 min



Ein Minicomputer, den man sich an die Brust heftet: Wird dieses Gerät das Smartphone ersetzen?

10.10.2023 ⌚ 4 min



PRO

Bröckelt die Unterstützung des Westens für die Ukraine? Kiew hat Anlass, sich Sorgen zu machen

vor 34 Minuten ⌚ 6 min



vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.